

**Beschluss des KLJB-Herbstbundesausschusses vom 16. - 18. Oktober 2009 in Würzburg**

## **Die Bundesregierung auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen**

### **Appell an die Bundesregierung**

Als Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) vertreten wir die Interessen der jungen Generation sowie nachfolgender Generationen, die mit den Folgen des Klimawandels zu leben haben.

Wir sind der Überzeugung, dass das Ergebnis der anstehenden UN-Klimakonferenz vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen eine existenzielle Weichenstellung sein muss, um den anthropogenen Klimawandel aufzuhalten.

Seit über 30 Jahren sind die klimaschädlichen Auswirkungen der vom Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen bekannt, seit rund 15 Jahren werden sie in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Immer noch haben einzelne wirtschaftliche oder politische Interessen Vorrang vor verbindlichen Minderungszielen. Die Zeit des Redens muss endlich vorbei sein.

Es gilt, in Kopenhagen ein ambitioniertes und zukunftsfähiges Klimaschutzabkommen zu vereinbaren. Erste notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Abkommen ist die verbindliche Vereinbarung konkreter CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele. Die zweite notwendige Vereinbarung muss die Industrienationen nach dem Verursacherprinzip verpflichten, eine substanzielle finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu leisten.

Deutschland kommt als einer der führenden Industrienationen und als einem der größten CO<sub>2</sub>-Emitenten eine entscheidende Rolle zu. Diese gilt es verantwortungsvoll anzunehmen. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, dem internationalen Klimaschutz höchste Priorität beizumessen.

Um die oben genannten Forderungen zum Erfolg zu führen, ist es notwendig, dass Deutschland wieder eine aktive und glaubhafte Führungsrolle in den Verhandlungen einnimmt. Dazu müssen die von der Bundesregierung für Deutschland auf der Basis der Emissionen von 1990 beschlossenen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele von 40 Prozent bis 2020 und 80 Prozent bis 2050 gesetzlich verankert werden.